

## Macht hoch die Tür . . . ?

VON HERIBERT PRANTL

Wer heute Einwanderung sagt, erhält einen Aufschrei als Antwort. Wer eine gesteuerte Einwanderungspolitik vorschlägt, über den fallen die vereinigten Vorurteile her: Schotten dicht, Boot ist voll . . . Wer seine Skepsis moderater formuliert, der sagt es so: Haben wir nicht schon mehr als genug Ausländer im Land? Haben wir nicht schon eine Massenarbeitslosigkeit? Reichen die Probleme, die wir schon haben, noch nicht? Auf solche Fragen muß die Politik eine Antwort geben. Und die Antwort kann nur so lauten: Gerade *weil* die Probleme nicht explodieren sollen, brauchen Deutschland und die Europäische Union eine langfristige Einwanderungspolitik.

Wer ein vorausschauendes Einwanderungskonzept ablehnt, der nimmt einen unkontrollierten Prozeß des Einwanderens in Kauf und muß dann nachträglich versuchen, mit den Mitteln des Ausländer- und des Polizeirechts damit fertigzuwerden. Das ist keine Politik, sondern ein Hinterherlaufen. Einwanderungspolitik aber ist der Versuch, die Probleme in den Griff zu nehmen, das Gegenteil des *muddling through*, wie man es in Bonn nun zwei Jahrzehnte lang praktizierte. Einwanderungsgesetzgebung ist nicht die juristische Übersetzung des Weihnachtsliedes „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“. Sie ist nicht eine Politik der offenen Grenzen. Vielmehr ist sie eine Gesetzgebung, die die alte Politik der ausländerrechtlichen Wurstelei beendet. Sie ist der Versuch, Einwanderung zu regeln, zu steuern und zu begrenzen – begleitet von dem Bemühen, die zugelassenen und bereits ansässigen Einwanderer schnell zu integrieren und einzubürgern. Einwanderungspolitik ist eine Politik, die erst ihre Ziele definiert und sie dann in Zahlen umsetzt.

Eine Debatte darüber ist überfällig – insofern könnte man dem neuen Bundesinnenminister dankbar sein. Otto Schily freilich hat die Debatte in einer Weise intoniert, die schädlich, ja gefährlich ist. Er hat die Debatte eröffnet und sie sogleich wieder abgewürgt mit dem Bemerkens, daß wir erstens kein Einwanderungsgesetz brauchen und daß es zweitens keine Einwanderung mehr geben darf. Er hat so getan, als sei der Bevölkerung eine Einwanderungspolitik nicht zuzumuten, weil sie die Fremdenfeindlichkeit verschärfe. Damit hat er Ursachen und Folgen vertauscht. Sicherlich: Einwanderungspolitik kann man nur mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung machen. Politik aber muß um diese Mehrheit werben. Der Innenminister tut das Gegenteil: Er wirbt um die Nichtakzeptanz der Realität. Damit aber, so sagt der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus J. Bade zu Recht, werden Abwehrhaltungen gezüchtet, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der

zum ersten Mal seit langem mehr Menschen aus Deutschland abwandern als zuwandern. Schily hat Zahlen auf den Tisch gelegt, die gelinde gesagt mißverständlich sind. Er hat Deutschland mit den USA verglichen und festgestellt, daß Deutschland mehr zu verkraften habe als dieses klassische Einwanderungsland – und ausgeblendet, wie dieses verblüffende Ergebnis zustande kommt.

In Deutschland gelten offenbar als Zuwanderer auch die Kinder der hier ansässigen Ausländer. In den USA werden diese Kinder automatisch US-Bürger. In Deutschland aber wertet man noch die Geburt im Lande als Zuwanderung – die Kinder wandern aus ausländischem Schoße ein auf deutsches Territorium. Indes: Statistiken dürfen nicht auf solchem Unfug aufbauen, gerade deshalb nicht, weil die von der neuen Regierung betriebene Reform des Staatsbürgerschaftsrechts diesen Unfug beendet.

Schily trennt nicht zwischen Flüchtlingen und Einwanderern. Er wirft sie alle in einen Topf: Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, Aussiedler. Sie sind ihm einerlei, sie sind alle Einwanderer. Das ist grundfalsch, und damit wird deutlich, warum sich der Innenminister mit der Problematik so schwer tut. Asyl – da geht es um altruistisches staatliches Handeln. Da ist die Frage nicht, ob und welche Arbeitskräfte man in Deutschland braucht, sondern welche Menschen des Schutzes bedürfen. Bei der Einwanderung dagegen geht es eher um deutschen Eigennutz – darum, ob und welchen Zugang man aus demographischen oder arbeitsmarktpolitischen Gründen braucht, damit nicht, wie dies schon vor fünf Jahren das „Manifest der sechzig Professoren“ (darunter der konservative Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel) formuliert hat, die „kritischen Untergrenzen demo-ökonomischer Stabilität unterschritten“ werden. Es kann Berührungspunkte zwischen Asylgewährung und Einwanderung geben – dann nämlich, wenn Flüchtlinge nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, also eingebürgert werden müssen und dann auf eine feste Einwanderungsquote anzurechnen sind. So wird das zum Beispiel in Kanada praktiziert.

Otto Schily sollte all das eigentlich wissen. Vor drei Jahren hat er in Bonn eine große Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Einwanderungspolitik in Bonn eröffnet. Damals hat er für ein Einwanderungsgesetz geworben, damals hat er der damaligen Bundesregierung „eine ängstliche Abwehrhaltung gegenüber Migration“ vorgeworfen und dies als „Torheit“ bezeichnet. Den Otto Schily von 1998 läßt man also am besten durch den Otto Schily von 1995 kommentieren: „Wer ein Land oder ein Volk unter Quarantäne stellen will, der ist schlecht beraten.“